

Die Wählerin

— Blätter zum Wahlkampf —

Frauenwahlrecht / Frauenschicksal!

„Nichts ist besser geworden!“ Mit diesem Wort setzen sich viele Frauen, Erbitterung im Unterton, über die Ergebnisse unserer Zeit hinweg. Wer die Entwicklung der letzten Jahre verfolgt, kann nicht umhin, dieses Wort als ein

Bekennnis eigenen Versagens

zu empfinden. Damit soll kein Bericht über die Frauen gehalten werden. Die wirtschaftlichen Folgen des verlorenen Krieges lasten ja gerade auf den Frauen so ungeheuer schwer. Der seelische Druck macht sie verlockenden Versprechungen zugänglich. Das verpflichtet, immer und immer wieder den Frauen Einblick in den Gang der Dinge zu geben, um sie vor Täuschungen zu bewahren.

Täuschungen verhängnisvollster Art gaben sich die Frauen hin, die am 4. Mai d. J. ihre Stimme für die Deutschnationalen, für die Volkspartei, für die Deutschvölkischen und andere bürgerliche Parteien abgaben. Ebenso verhängnisvoll war die Entscheidung für die Kommunisten.

Fort mit der Erfüllungspolitik!

Das war die trügerische Lösung von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten. Was geschah aber, als es darauf ankam, nach dieser Lösung zu handeln? Die Deutschnationalen stimmten am 29. August für das Eisenbahngesetz. Das war Erfüllungspolitik. Denn das Eisenbahngesetz war notwendig zur Erfüllung des Friedensvertrages, der durch Abmachungen in London im Frühjahr dieses Jahres Ergänzungen nach dem sogenannten Dawes-Gutachten erfahren hat. Die Kommunisten hätten ihre Ablehnung durch Herbeiführung der Beschlussunfähigkeit des Reichstages zum Ausdruck bringen können. Sie taten es nicht.

Die Sozialdemokratie hat die Erfüllungspolitik stets als notwendig betrachtet und danach ohne Rücksicht auf die Partei gehandelt, stets nur das Wohl des arbeitenden Volkes im Auge, geleitet von der Erkenntnis:

Erfüllungswille ist Voraussetzung für Verständigung.

Denn Verständigung ist der einzige Ausweg für Deutschland. Es ist leicht gesagt: Fort mit der Erfüllung eines Vertrages. Ist aber die Nichterfüllung vertraglich übernommener Verpflichtungen schon im Verkehr von Mensch zu Mensch unmöglich und von unangenehmen Folgen für den Vertragsbrecher begleitet, so bedeutet eine solche Politik für ein besiegtes Volk Verewigung militärischer Maßnahmen, fortgesetzte Bedrückungen, im Endergebnis Krieg.

Die Deutschnationalen wollen alle Lasten auf das arbeitende Volk abwälzen.

Darum stellten sie für die Annahme des Eisenbahngesetzes die Bedingung, daß ihnen vier Sitze in der Regierung eingeräumt würden. Durch diese Machterweiterung wollten sie das Heft in die Hand bekommen. Nur dank dem energischen Eingreifen der Sozialdemokratie ist dieser elende Schacher, der dem deutschen Volke eine Rechtsregierung beschereu sollte, durchkreuzt worden. Und nun zu den Kommunisten. Kann eine Partei, ihrem Namen nach Arbeiterpartei, die die Steuerflucht der kapitalistischen Parteien unterstützte, bei Frauen Anspruch auf Vertrauen erheben?

Die Kommunisten wandten sich gegen die Zahlung von 300 Millionen Goldmark durch die Industrie zu Erfüllungszwecken.

Dafür sprach ihnen der Vertreter der Volkspartei, Herr Dr. Becker, im Reichstage seine Anerkennung mit folgenden Worten aus: „Wie ich mich freue, wenn die Kommunisten eine kapitalistische Auffassung vertreten, das können Sie sich ohne weiteres selbst sagen.“

Ganz anders steht die Sozialdemokratie den Schicksalsfragen des deutschen Volkes gegenüber. Die Sozialdemokratie kämpft gegen die Abwälzung aller Lasten auf die Schultern der wirtschaftlich Schwachen. Der Erfolg ihres Kampfes hängt ab von der

Entscheidung der Frauen.

Die Erfahrungen des letzten Sommers dürften nicht vergeblich gewesen sein. Die Kommunisten versagen, weil sie die Entwicklung falsch sehen. Die bürgerlichen Parteien versagen, weil sie Vertreter des Kapitalismus sind. Es liegt im Wesen des Kapitalismus, auszubeuten und zu unterdrücken.

Ausbeutung und Rechtlosigkeit gehören zueinander. Rechtlosigkeit ermöglicht Erhaltung der Ausbeutungsmöglichkeit. Recht ist der Weg zur wirtschaftlichen und geistigen Befreiung. Die bürgerlichen Parteien waren stets gegen das Frauenwahlrecht. Sie fürchteten unter dem Frauenwahlrecht ein Wachsen der Erkenntnis unter den Frauen. Sie fürchteten, die Frauen würden einsehen, daß der

Sozialismus die Erlösung der Frauen aus wirtschaftlichem und geistigem Druck bringt.

Legt Zeugnis ab von dieser Erkenntnis am 7. Dezember:

Wählt Liste Eins: Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ziel der Frauen.

Nicht mit Eifern,
Stollen, Geisern
Wider Macht und Wuch im Mann —
Mitzuwirken
In Bezirken
Weiten Lebens, löst den Bann.

Ziel der Frauen:
Mitzubauen
Vollbefugt und selbstbefreit,
Zu entfalten,
Zu gestalten
Großen Zug der Menschlichkeit.

Karl Gendell

Großmutter's Sorge.

Von Minna Lodenhagen.

Ende April dieses Jahres erschien eines Tages in unserem Sekretariat ein altes Mütterchen. Atemringend ließ sie sich auf den nächsten Stuhl nieder. Wir boten ihr etwas Milch an, damit sie sich leichter erhole. Da entzogen sich ihrer Brust zitternd die Worte: „Ach Gott, Milch, man weiß ja gar nicht mehr, wie die schmeckt.“ Dann begann sie zögernd, immer noch schwer atmend, ihr Anliegen vorzutragen.

„Ich wollte mich nun bloß bedanken.“ Mein Gehirn strengte sich in der folgenden Atempause vergeblich an, sich der Ursache dieses Dankes zu erinnern, als sie fortfahrend selbst damit kam:

„Ich soll nun am 1. Mai in das Städt einziehen.“ — Nun war ich im Bilde, glaube auch die Ursache ihrer Bekommenheit zu wissen und redete tröstend auf sie ein:

„Sie brauchen sich doch nicht zu ängstigen, Großmutter, im Städt werden sie es gut haben. Sie sind doch endlich die Sorge um Nahrung und Wohnung los. Ich wollte nur, wir hätten so viele Altersheime, daß dort alle Leute, die im Leben ihre Pflicht getan haben, ausruhen könnten.“

Ein freundliches Lächeln ging über das runzlige Gesicht, fast ein wenig spöttisch: „Nee, Fräulein“ sagte sie, „ich hab auch gar keine Angst — aber das kommt doch nun so ungewohnt — wegen dem 1. Mai. Ich weiß noch nicht, ob man auch im Städt wählen kann. Ich kann doch nicht von der Reinickendorfer Straße bis nach dem Schießischen Lor kaufen, da steh ich doch jetzt in der Wählerliste. Es ist mir schon heute so schwer geworden, bis nach der Lindenstraße zu kommen.“

Das alte Mütterchen hat gewiß nicht geahnt, welche Wohlthat sie mir mit ihrem Pflichtbewußtsein antat. Wie ermunternd wirkte das gegenüber dem so oft Gehörten: „Es nützt ja doch nichts.“ Ich habe wohl nie so gern eine Auskunft erteilt, wie in diesem Falle. Das Mädchen taute ordentlich auf, als ich ihr klar machte, daß sie sich vom Polizeibureau, von dem sie sich vor ihrem Umzug nach dem Städt abmelden müsse, gleich einen Wahlchein ausstellen lassen könne, der ihr das Recht gäbe, in dem für das Städt zuständigen Wahllokal ihr Wahlrecht auszuüben. Es sei selbstverständlich, daß die Bewohner des Städt alle staatsbürgerliche Rechte behielten.

Wir sprachen dann noch einiges miteinander. Dabei drückte ich mein Erstaunen darüber aus, daß sie, die 78 jährige, den Weg vom Schießischen bis zum Hallischen Tor zu Fuß zurückgelegt habe.

„Ja, Fräulein,“ erklärte sie mir nun „wenn man schon hart geboren ist, und immer hart gelebt hat, dann ist man schließlich auch hart gegen sich und zwingt sich — dann geht's eben doch, wenn's auch schwer wird.“

„Seden Sie, ich bin bei 10 Grad Kälte am 14. Januar 1846 im Chausseegraben geboren. Meine Mutter hatte auf ihrer Dienststelle bis auf den letzten Tag arbeiten müssen. Als die Herrschaft ihr endlich die Erlaubnis gegeben hatte, nach ihrem Heimatdorf zu gehen, war es zu spät. Sie kam nicht ganz hin und so wurde ich auf der Bandstraße geboren.“

„Meine Mutter hat mir erzählt, daß sie gar nicht gewußt hat, wie sie mich vor der Kälte schützen sollte. Zuerst hat sie versucht, mich weiter zu geben, ist dann aber doch vor Mattigkeit zusammengebrochen und so hat uns der Müller aus dem Dorf meiner Mutter gefunden, als er mit seinem Fuhrwerk vorbei kam, und hat uns mitgenommen.“

„Auf dem Gut, auf dem meine Großeltern als alte Instleute gefordert waren, erlaube man meiner Mutter, in einer kleinen Kammer beim Kuhstall drei Tage lang Wochenbett zu halten, dann mußte sie auf dem Gute mitarbeiten.“

„Später heiratete meine Mutter einen Schuhmacher, mit dem sie noch 11 Kinder hatte. O, ich saß Ihnen, Fräulein, ich habe früh und hart arbeiten gelernt. Meine Mutter hatte im Winter, wenn keine Landarbeit war, eine Aufwartung im Bahnhofrestaurant, eine Stunde vom Dorf entfernt. Fünf Pfennige verdiente sie dort die Stunde. Als zehnjähriges Mädchen habe ich sie dort schon vertreten. Unter meinen Händen ist oft das Scheuertuch auf dem Fußboden angefroren. Nach meiner Schulentlassung kam ich gleich in den Dienst und habe von da an immer für mich selber gesorgt. Mit 20 Jahren habe ich geheiratet. Habe meinen Mann, einen Weber, früh an der Schwindsucht verloren. Aber ich habe mich immer durchgeschlagen mit meiner Tochter. Es ist zwar nicht meine eigene, sondern eine angenommene, aber ich hab sie doch immer so gehalten.“

„Wenn man all das durchgemacht hat, dann hält man auf sein Recht. Ich hab doch alles vor der Revolution und seit der Revolution verfolgt. Es ist doch schon vieles anders. Meine arme Mutter hatte von meiner Geburt an einen Fehler, mit dem sie sich bei ihrer harten Arbeit quälte. Heute gibt es doch Wochensorge und so vieles andere für die armen Menschen. Unsereins hatte doch so gar keinen Schutz, noch nicht einmal als Kind. Das Kinderschutzgesetz haben doch die Sozialdemokraten erst viel später durchgesetzt.“

„Ich weiß wohl, das alles noch viel besser werden muß, und darum muß man auf sein Wahlrecht halten. Lieber hätte ich auf das Städt verzichtet als auf mein Wahlrecht — na, Sie haben mir ja nun die Sorge genommen und ich dank Ihnen auch vielmals.“

Damit erhob sich das Mütterchen und verabschiedete sich. Im Hinausgehen mußte ich ihr noch versprechen, sie im Städt mit Zeitungen zu versehen.

„All die bittere Not der Inflation, für das Alter doppelt bitter, hatte diesem alten Mütterchen nicht den Blick getrübt.“

„Nehmt Euch ein Beispiel, ihr Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes!“

Wohnungsnot und Reichstagswahl.

Weiße Kreise der Bevölkerung leiden unter der drückendsten Wohnungsnot. Schon vor dem Kriege drängte sich das Proletariat in den engen, sonnenlosen Stuben der Mietskasernen zusammen, die das lediglich auf Profitwirtschaft eingestellte Bauunternehmertum errichtete. Seit der glorreichen Kriegszeit jedoch, die auf Jahre hinaus jede Bautätigkeit unterband, hat das Wohnungselend ganz erschreckend überhand genommen. Alleen auf den Wohnungsämtern der Stadt Berlin warteten am 1. Januar 1924 rund 223 000 Familien und Ehepaare auf Zuweisung einer Wohnung!

Die Wohnungsnot muß als eins der schlimmsten sozialen Uebel angesehen werden, weil sie der Ausgangspunkt vieler anderer Mißstände und Elendserscheinungen ist. Die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstag und im Preussischen Landtag haben daher auch bei jeder Gelegenheit ihre warnende Stimme erhoben und immer wieder die Durchführung einer planmäßigen Wohnungs- und Siedlungsreform unter ausreichender Bereitstellung öffentlicher Mittel gefordert. Leider war der Erfolg nur ein verhältnismäßig geringer, denn diese Bestrebungen scheiterten immer wieder an der Interesse- und Einflussschwäche der bürgerlichen Parteien.

Daß in jeder Wohnung mehrere Familien zusammenwohnen — die Eltern, die verheirateten Kinder mit ihren Kindern — ist heute beinahe etwas ganz Selbstverständliches. Erschütternd aber sind die Schilderungen der Wohnmischerden auf den Wohnungsämtern und die Berichte der in der Fürsorge Tätigen. Da haufen in engen Räumen Gesunde und Schwindsüchtige zusammen, müssen sogar häufig wegen Platzmangel die Lagerstätte miteinander teilen. Geschlechtskranke übertragen aus solchen Gründen ihre Krankheit auf andere Familienmitglieder. Selbst einfachere Krankheiten lassen sich in diesen unzulänglichen Räumen schwer ausheilen. Und was wird heute nicht alles „Wohnung“ genannt? Da wohnen Familien von 6, 8, 10, 12 Personen in tiefen, modrigen, stockfinsternen Kellerräumen, in denen Bänke, Matratzen, die Kleider im Schrank vor Nässe stinken und die vor dem Kriege niemals zu Wohnzwecken freigegeben worden wären. Nach kürzlich veröffentlichten Erhebungen des Roten Kreuzes wird allein in Berlin die Zahl der Wohnmischerden, in die es hineinregnet, auf 7000 bis 10 000 geschätzt.

Wie sollen in solchen Wohnmischerden Kinder gedeihen? Ist es da ein Wunder, wenn Säuglingssterblichkeit, schwere Rachitis und Stomatose sich wieder unheimlich ausbreiten?

Das ständige nahe Zusammenleben von Erwachsenen und Kindern in einem einzigen Raum ist aber auch eine große moralische Gefahr für die Jugend und fördert eine Frühreife, die auf jeden Fall bedauerlich ist. Andererseits werden die Jugendlichen infolge der überfüllten, ungemühtlichen Wohnräume auf die Straße, in die Kinos und die Tanzsäle getrieben, wo sie um so leichter Opfer der Verführung werden, je trauriger ihre häuslichen Wohnverhältnisse sind.

Auch die Trunksucht ist eine gar häufige Begleiterin der Wohnungsnot und selbst zwischen Wohnungsnot und Verbrechen besteht ein deutlicher Zusammenhang. Die Lokalspalten unserer Zeitungen liefern immer wieder den Beweis dafür.

Die Wohnungsnot ist eine große soziale Gefahr. Wir müssen dafür sorgen, daß Männer und Frauen in den Reichstag und den Landtag kommen, die die Größe dieser Gefahr erkannt haben und mit aller Energie für schleunigste Behebung der Wohnungsnot bemüht sind. Das können nur die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, deren Forderung schon immer eine gesunde Wohnungspolitik war.

Sorgt darum dafür, daß die Sozialdemokratie in entsprechender Stärke in den Reichstag und Landtag einzieht.

Elli Raditz-Farmuth.

Frauen wacht auf!

Wählen heißt: Kampf ums Recht!
Wählen heißt: Kampf ums Brot!
Wählen heißt: Herr oder Recht!
Wählen heißt: Sein oder Tod!

Minna Lubig.



Die Preise fallen!!!

„Großer Preisabbau — Nie wiederkehrende Gefogenheit!“ — Die Worte hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube! Begleiten wir also einmal eine Hausfrau, und sehen wir zu, was sie über den Preisabbau erfährt!

Beim Einkauf.

Zuerst geht es in einen Fleischladen. Sie sieht die Preise. Schweinefleisch 1.10—1.20 M., Rindfleisch 1 M. Die Hausfrau schüttelt den Kopf. „Zu teuer!“ Schließlich erseht sie — ihr Mann, der in einer Fabrik arbeitet, muß doch etwas Kräftiges haben — 2 Pfund Hammelfleisch, 1 Pfund Margarine kommt hinzu, gute Butter, die etwa 2—2.50 M. kostet, ist für eine Arbeiterfamilie unerschwinglich. An Wurst und Speck, die in verlockenden Bergen dort aufgestapelt liegen, kann sie nicht denken.

Beim Grüntrahändler nebenan erseht sie 3 Pfund Kohlrüben, 8 Pfennig je Pfund, und ein Pfund Zwiebeln zu 20 Pfennig, 10 Pfund Kartoffeln, die sie ebenfalls mitnahm, kosteten 45 Pfennig. Schließlich kauft sie am Obstwagen noch 1 Pfund Äpfel zu 20 Pfennig für ihre drei Kinder. Dann noch 1 Brot für 50 Pfennig und ein Viertelpfund Kaffee zu 90 Pfennig.



Nachdem sie die Schätze glücklich nach Hause gebracht hat, traut sie alles aus und rechnet zusammen. Sie hat gekauft:

2 Pfd. Hammelfleisch . . .	1.80 M.
1 „ Margarine . . .	0.80 „
8 „ Kohlrüben . . .	0.15 „
1 „ Zwiebeln . . .	0.20 „
10 „ Kartoffeln . . .	0.45 „
1 „ Äpfel . . .	0.20 „
1 Brot . . .	0.50 „
1/4 Pfd. Kaffee . . .	0.90 „
	5.00 M.

In den Zeiten vor dem Kriege hätte sie für dieselben Posten zahlen müssen:

2 Pfd. Hammelfleisch . . .	1.40 M.
1 „ Margarine . . .	0.70 „
8 „ Kohlrüb. (etwa) . . .	0.10 „
1 „ Zwiebeln . . .	0.15 „
10 „ Kartoffeln . . .	0.30 „
1 „ Äpfel . . .	0.10 „
1 Brot . . .	0.50 „
1/4 Pfd. Kaffee . . .	0.40 „
	8.65 M.

Wir können also gegenüber den Friedenspreisen von einer Preissteigerung von etwa 40 Proz. sprechen.

Ein Blick in die Zukunft.

Als durch die Einführung der Rentenmark eine gewisse Stabilisierung der Preise eintrat, wurde das mit Recht freudig begrüßt. Es trat eine Stabilisierung der Preise ein ja, man brauchte nicht mehr mit den Milliarden und Billionen zu rechnen, die Preise gingen an, langsam und sicher zu steigen. Und ob sie schon ihren höchsten Stand erreicht haben?

Den Wenigsten wird bekannt sein, daß am 10. Januar nächsten Jahres Deutschland auf Grund des Paragraphen 264 des Friedensvertrages von Versailles das Recht erhält, sämtliche Waren beliebigen Zollsaßen zu unterwerfen. Geseht den Fall, die Reichstagswähler brächten eine bürgerliche Mehrheit, die besonders stark an der Landwirtschaft interessiert ist, also eine Reihe neuer Kanize. Deren erstes Werk wäre, das einzuführen, was sie vor der Auflösung des Reichstages dank dem Eingreifen der Sozialdemokratie nicht erreicht haben. Sie würden die deutsche Landwirtschaft vor einer „Ueberflutung“ durch ausländische Erzeugnisse zu schützen bestrebt sein. dadurch, daß die eingeführten Waren mit hohem Zoll belegt werden. „Deutschland kann sich ja von den Erträgen seiner eigenen Scholle ernähren.“ Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Leider haben die Erträge der deutschen Scholle schon in Friedenszeiten nicht für den Bedarf des deutschen Volkes gereicht. Nachdem uns durch den Friedensvertrag große und fruchtbare Landstriche genommen wurden, und zwar durch die Schuld dieser Kanize, wird der Ackerboden aber sicher zur Ernährung unseres Volkes ausreichen? Entweder die Herren Kanize sind schlechte Rechenmeister oder sie sind bewußte Lügner, die das deutsche Volk irreführen wollen! Wir haben in den Jahren vor dem Kriege 12 500 000 Tonnen menschlicher und tierischer Nahrungsmittel einschließlich der von der Brauindustrie benötigten Mengen jährlich eingeführt.

Bürgerlich wählen bedeutet Zölle auf Lebensmittel, diese eine Gefährdung der deutschen Volksernährung!

Die Agrarier haben selbstverständlich davon einen ziemlich großen Vorteil: Sie werden ihre Preise so einstellen, daß sie nicht viel unter

den Preisen der Auslandswaren bleiben. Das deutsche Volk ist dann angewiesen auf die Großagrarien, die „das Volk bei vollen Scheunenn verhungern“ lassen!

Bürgerlich wählen heißt Erhöhung des Brotpreises, heißt heftige Kämpfe um Lohnerhöhungen, heißt Erschütterung unseres Wirtschaftslebens.

Sozialistisch wählen heißt vernünftige Zollpolitik, heißt vernünftige Ernährungspolitik!

Wählerinnen! Ihr habt zu entscheiden.

Die Frau im Arbeitsrecht.

Nach Artikel 109 der Deutschen Reichsverfassung haben Männer und Frauen „grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte“ und Pflichten. Diese grundsätzliche Anerkennung der Gleichberechtigung macht eine Reihe Änderungen des bürgerlichen Gesetzes und des Arbeitsrechtes erforderlich. Man hätte erwarten dürfen, daß bei grundsätzlicher Anerkennung der Gleichberechtigung über die vorzunehmenden gesetzlichen Änderungen Einstimmigkeit im Reichstage geherrscht hätte. Das war keineswegs der Fall. Auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts war infolge der frauenfeindlichen Einstellung der bürgerlichen Parteien bisher nichts zu erreichen. Auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes gelang es auch nur unter Kämpfen, das Wahlrecht der Frauen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten durchzusetzen.

Nachdem im Jahre 1920 der Soziale Ausschuss des Reichstages den sozialdemokratischen Antrag, den Frauen auch das passive Wahlrecht (Wählbarkeit als Beisitzer) zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten zu verleihen, abgelehnt hatte, brachte derselbe Aus-

Das ist der Stimmzettel:

Reichstagswahl 1924.

1	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	⊕	1
2		○	2
3		○	3

usw.

Unsere Liste führt in jedem Wahlkreis die Nummer 1. Jede Wählerin muß in dem Kreis neben der Eins ein Kreuz oder einen Strich machen!

schuß bald darauf abermals einen Antrag ein, der die Reichsregierung ersuchte, baldigst eine Novelle zu diesem Gesetz vorzulegen, die diesem Wunsche entspreche.

Die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Lieh verwies dabei ausdrücklich auf den Aufruf der Volksbeauftragten vom 12. November 1918, der den Frauen das aktive und passive Wahlrecht zu allen gesetzgebenden und öffentlichen Körperschaften verleihe hatte.

Am 3. März 1921 stimmte der Reichstag fast einstimmig dem obigen Antrag zu, aber die Regierung nahm sich mit der Einbringung der geforderten Novelle Zeit bis 16. November 1921. Inzwischen hatten die Neuwahlen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten stattgefunden, die die Frauen für die nächsten Jahre noch ausschalteten, was wohl der eigentliche Grund zur Hinauszögerung der Einbringung der Novelle gewesen war. — Endlich, am 17. Dezember 1921, stimmte die Mehrheit des Reichstages für die Wählbarkeit der Frau zu diesen Gerichten, allerdings mit dem Vorbehalt, daß den Frauen überhaupt entsprechend den vorliegenden Anträgen, die Schöpfungsfähigkeit zuerkannt werde.

Daß dies nicht schon ein Jahr früher — das Gesetz trat am 14. Januar 1922 in Kraft — möglich gewesen war, hatten die Frauen den Männern der bürgerlichen Parteien unter Führung der Zentrumsabgeordneten Frau Leusch zu danken, indes Frau Behm (Deutschnational) und Frau Dr. Böders (Demokrat) in ihren eigenen Parteien damals die Annahme nicht hatten durchsetzen können.

Bunter Nachmittag

am Mittwoch, den 3. Dezember 1924, im Saalbau Friedrichshain, am Friedrichshain, nachmittags 4 Uhr. — Saalöffnung 3 Uhr.

Programm:

1. Zwiefelgänge u. Nieder zur Laute: Agnes Schulz-Vichterfeld, Walter Vichterfeld.
2. Märchenspiel: Ein Sommermittagsraum — Kindergruppe Pallasches Tor.
3. Gesänge: Agnes Schulz-Vichterfeld, Walter Vichterfeld.
4. Ansprache: Was wir wollen.
5. Nieder zur Laute u. Zwiefelgänge: Agnes Schulz-Vichterfeld, Walter Vichterfeld.
6. Rezitationen: Leo Maret.
7. Gesänge: Agnes Schulz-Vichterfeld, Walter Vichterfeld.

Eintrittskarten für 30 Pf. das Stück zu haben im Bezirksverband der SPD, Berlin, Lindenstr. 3, 2. Hof II, Zimmer I und an der Abendkasse

Dem Sozialismus gehört die Zukunft, das heißt in erster Linie dem Arbeiter und der Frau!

Beitrittserklärung.

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die Sozialdemokratische Partei (Bezirk Berlin, Ableitung _____)

An Beiträgen entrichte ich: Eintrittsgeld 50 Pfennig.

Wochenbeiträge männl. 20, weibl. 10 Pf., Sa. _____ M.

_____ den _____ 1924.

Vor- und Zuname: _____

geb. am _____ zu _____

Staatsangehörigkeit: _____ Stand: _____

Wohnung: _____

(Bei der Aufnahme ist sehr erwünscht, daß außer dem Eintrittsgeld mindestens die Beiträge für einen Monat (4 Wochen) gezahlt werden)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Frauenstimme“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.
(Monatlich 3.— Goldmark, wöchentlich 70 Goldpfennig.)

Name: _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

vorn _____ Hof — Duergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts

bei _____

Wählerinnen! Nutzt die Zeit bis zur Wahl! Verbreitet sozialdemokratische Literatur, gebt Flugblätter und die „Wählerin“ von Hand zu Hand. Es gilt, alle proletarischen Frauen und Mädchen aufzurütteln, um der Sozialdemokratie am 1. Dezember den Sieg zu sichern!